



EINBLICK

NACHRICHTEN AUS MEINEM WAHLKREIS UND BERLIN

IN DIESER AUSGABE:

Dr. Walther Leisler Kiep spricht zur Präsidentschaftswahl in den USA	2
Drogenbeauftragte der Bundesregierung Sabine Bätzing zu Gast in Biberach	2
Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen mit Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt	2
Bildungspolitik à la CDU: Studenten finanzieren Professoren	3
Gerechtigkeit beginnt im Kopf	3
Landespolitische Halbzeitbilanz mit Martin Rivoir MdL	4
Bundsvorsitzende der Jusos besucht Firma Kässbohrer	4

Terminerinnerung:

Wie bereits angekündigt, kommt **DFB-Präsident Dr. Theo Zwanziger** auf Einladung des Sportkreises Biberach und mir am

Donnerstag, 9.10.2008 um 18 Uhr in die Stadthalle Biberach.

Zu dieser Vortrags- und Diskussionsveranstaltung möchte ich alle Interessierten nochmals herzlich einladen.

S. E. Levan Duchidze, Botschafter von Georgien zu Gast in Biberach

Als Bundestagsabgeordneter und Mitglied der Deutsch-Südkaukasischen Parlamentariergruppe habe ich in den letzten Jahren mit dem georgischen Botschafter in Berlin, S. E. Levan Duchidze, eine freundschaftliche und offene Beziehung aufbauen können.

Ich freue mich deshalb sehr, dass er - trotz extremer Arbeitsbelastung - auf meine Bitte hin die Einladung der Stadt Biberach angenommen hat, im Rahmen der Georgischen Woche und des 20jährigen Bestehens der Städtepartnerschaft mit Telawi nach Biberach zu kommen.

Die Stadt Biberach lädt anlässlich des Besuchs zu einer Vortrags- und Gesprächsrunde mit Botschafter Duchidze unter dem Titel: „**Wo steht Georgien heute?**“ ein.

Sonntag, 12.10.2008

18.30 Uhr

Sitzungssaal des Rathauses Biberach

Gemeindebesuch in Erlenmoos

Auf Einladung von Bürgermeister Züllig konnte ich mir einen Eindruck von der Situation in der Gemeinde Erlenmoos verschaffen. Beim Gemeindebesuch Anfang Oktober führte mich Herr Züllig durch zahlreiche Einrichtungen in Erlenmoos. Besonders beeindruckt hat mich die Ausstattungs- und Betreuungssituation im örtlichen Kindergarten.

Sehr angetan bin ich noch immer von der Führung durch die Firma Ecoform-Multifol, die eines der führenden Unternehmen im Bereich Folienverpackungen ist. Wie mir der geschäftsführende Gesellschafter Johannes Remmele mitteilte, plant er eine nochmalige Erweiterung seiner Firma. Von seinen insgesamt 650 Mitarbeitern sind über 50 Auszubildende.

Wie ich meine, durchaus eine beispielhafte Quote!



*Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger,*

das ökonomische Erdbeben, das in den vergangenen Tagen die Finanzmärkte erschüttert hat, signalisiert eine Zeitenwende weit über die Finanzpolitik hinaus. Minister Peer Steinbrück hat es in seiner Regierungserklärung auf den Punkt gebracht: „Die Welt wird nicht wieder so werden wie vor der Krise“.

Auch in der Bundesrepublik werden uns die wirtschaftlichen Folgen dieser Entwicklung noch lange beschäftigen. Arbeitsplätze werden vernichtet und dringend benötigte Steuergelder bleiben aus oder werden gebunden, um der Krise zu begegnen.

Für die Zukunft heißt es umzudenken. Es muss uns gelingen, den internationalen Finanzmärkten in ihrer galoppierenden Gier Zügel anzulegen, damit wir ähnliche Katastrophen in Zukunft rechtzeitig verhindern können. Hierin sehe ich eine wichtige Aufgabe sozialdemokratischer Politik.

Herzliche Grüße

Ihr

DR. WALTHER LEISLER KIEP SPRICHT ZUR PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL IN DEN USA

Der zukünftige Präsident der USA steht vor großen Herausforderungen: Bewältigung der Finanzmarktkrise, dem Irak-Krieg sowie der Verbesserung der Beziehungen zu Europa.

Zu diesen Themen wird Dr. Walther Leisler Kiep,

ehemaliger Minister, persönlicher Beauftragter früherer Bundesregierungen für Sondermissionen und Ehrenvorsitzender der Atlantik-Brücke, die seit 1952 die Beziehungen zu den USA intensiv pflegt, auf meine Einladung hin einen Vortrag mit anschließender Diskussion halten.

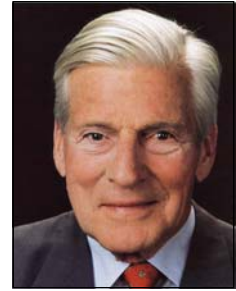
Die Veranstaltung findet statt am

17.10.2008,

19.30 Uhr,

Stadhalle Biberach.

Ich lade alle Interessierten herzlich ein, an der Veranstaltung teilzunehmen.



Dr. Walther Leisler Kiep

DROGENBEAUFTRAGTE DER BUNDESREGIERUNG SABINE BÄTZING ZU GAST IN BIBERACH

Die Bundesdrogenbeauftragte Frau Sabine Bätzing besucht im Oktober auf meine Initiative hin den Landkreis Biberach und in diesem Zusammenhang u. a. auch die Fachklinik Hohenrodth sowie die Polizeidirektion.

Vor dem Hintergrund der gemeinsamen Initiative „Kommunaler Präventi-

onspakt Landkreis Biberach“ und des Projekts „Halt an“ haben Landratsamt und Polizeidirektion dem Wunsch der Bundesdrogenbeauftragten zu einem Meinungsaustausch mit Fachleuten und interessiertem Publikum gerne entsprochen und einen anspruchsvollen Ablauf arrangiert.

Hierzu sind Interessierte herzlich eingeladen.

Montag, 20.10.2008

18.00 Uhr

Aula der Polizeidirektion Biberach, Erlenweg 2



Drogenbeauftragte Sabine Bätzing

Um Anmeldung unter Biberach.pd.praev@polizei.bwl.de wird gebeten.

VORTRAGS- UND DISKUSSIONSVERANSTALTUNGEN MIT BUNDESGESUNDHEITSMINISTERIN ULLA SCHMIDT

In den letzten Wochen und Monaten haben mir viele Menschen aus unserer Region ihre vielfältigen Sorgen und Nöte mit dem Gesundheitswesen vorgebracht. Viele klagen über immer schwierigere Arbeitsbedingungen und Angst vor Arbeitsplatzverlust in den Krankenhäusern oder haben Fragen zur Einführung des Gesundheitsfonds und der Versichertenkarte.

Ich habe mich daher entschlossen, Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt nach Oberschwaben einzuladen, um vor

Ort mit den Betroffenen zu diskutieren.

Die Ministerin war gleich zu zwei Veranstaltungen in meinem Wahlkreis bereit, zu denen ich alle Interessierten herzlich einlade:

27.10.2008

14 Uhr bis 15.30 Uhr

Stadhalle

Bad Schussenried

27.10.2008

16 Uhr bis 17.30 Uhr

Kurhaus

Bad Wurzach

Nach einem Vortrag der Ministerin zur „Gesundheitsversorgung im ländlichen“ Raum sowie sich anschließenden Kurzstatements von Gesundheits- und Arbeitsmarktexperten aus der Region bietet sich die Gelegenheit, Fragen an die Podiumsgäste zu stellen.

Über Ihre Teilnahme und Diskussionsbeiträge bei den Veranstaltungen freue ich mich.



Ministerin Ulla Schmidt und Martin Gerster, MdB

BILDUNGSPOLITIK À LA CDU: STUDENTEN FINANZIEREN PROFESSOREN

Es gleicht schon einem hochschulpolitischen Offenbarungseid, was Kultusminister Frankenberg in Sachen Studiengebühren plant.

In der CDU denkt man tatsächlich darüber nach, neue Professorenstellen aus Studiengebühren zu finanzieren. Lehre und Forschung an den Hochschulen zu bezahlen ist aber Aufgabe des Staates und nicht der Studierenden und ihrer Eltern.

Jetzt bewahrheitet sich, was die SPD seit der Einführung der Studiengebühren immer befürchtet hat. Wo immer es eine Möglichkeit gibt, zieht sich das Land aus der Hochschulfinanzierung zurück.

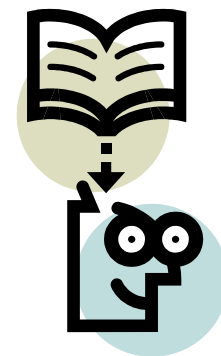
Drei Semester lang sind jetzt aus den Studiengebühren Rechner, Beamer und Hilfskräfte finanziert worden. Nun ist der Bedarf gedeckt und die bisherige Verwendungseinschränkungen zwingt die Hochschulen dazu, immer mehr Geld anzuhäufen, das sie eigentlich gar nicht sinnvoll ausgeben können.

Ich bin überzeugt, dass dahinter Kalkül steckt. Von Anfang an wollte Frankenberg eine gewisse „Schamfrist“ abwarten, um dann auch Professorenstellen aus dem Studiengebührenaufkommen zu finanzieren und so Lücken zu schließen, die er und seine Partei – unter anderem in meiner Zeit als bildungspolitischer

Berater der SPD im Stuttgarter Landtag – selbst gerissen haben.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass die Landesregierung allein an den Universitäten zwischen 1997 und 2006 etwa 1.500 Stellen gestrichen hat. Nun fehlt es nicht zuletzt im Mittelbau an Personal – und die Zeche zahlen die Studierenden und ihre Familien.

Ich schließe mich deshalb der Forderung unserer Landtagsfraktion an, die Verwendung der Studiengebühren nicht für die Grundfinanzierung der Hochschulen zu öffnen, sondern sie umgehend wieder abzuschaffen.



GERECHTIGKEIT BEGINNT IM KOPF

Würde sich die Bevölkerung unseres Planeten so schnell entwickeln wie das Weltwissen, würde es sehr eng auf dem Globus. Denn schätzungsweise alle fünf Jahre verdoppelt sich unser Bestand an Kenntnissen und Erkenntnissen.

In einer „Wissensgesellschaft“ wie der unseren geht damit eine große Herausforderung an die Menschen einher, die in ihr leben.

So kommt der Schulbildung ein völlig neuer Stellenwert zu: An unseren Schulen wird der Grundstein für Selbstverwirklichung und gesellschaftlicher Teilhabe gelegt.

Schulen müssen die Menschen in die Lage versetzen, diesen kostbaren

Wissensschatz in ihrem späteren Leben ständig und selbständig zu erneuern und zu erweitern. Das Stichwort heißt „Lernen lernen - und das ein ganzes Leben lang.“

Den speziellen Auftrag an eine sozialdemokratische Bildungspolitik sehe ich darin, möglichst allen Menschen diese Möglichkeit zu bieten und Chancengleichheit herzustellen.

Hier ist gerade in Baden-Württemberg noch einiges zu tun. Denn nach wie vor hängt im schulischen Bereich viel zu viel von der sozialen Herkunft und dem Einkommen der Eltern ab. So landet Baden-Württemberg bei der Frage nach der Chancenge-

rechtigkeit auf den hintersten Plätzen - gerade wenn es um die schulischen Perspektiven von jungen Menschen mit Migrationshintergrund geht.

Deshalb fordern wir seit langem Verbesserungen in der vorschulischen Bildung- und Betreuung ein. Wir wollen längere gemeinsame Lernzeiten statt einer vorschnellen Selektion nach Schulformen, die soziale Unterschiede nur zementiert.

Die Bildung der Zukunft muss in echten Ganztagschulen stattfinden, die rhythmisierten Unterricht, Hausaufgabenbetreuung und gemeinsame Freizeitgestaltung anbieten.

Das dreigliedrige Schulsystem hat ebenso wenig Zukunft, wie ein achtjähriges Gymnasium, das Schüler, Eltern und Lehrer gleichermaßen überfordert.

Hier hat die Landesregierung ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Damit verspielt sie nicht nur die Lebensperspektiven der Menschen an unseren Schulen – sie schadet langfristig auch unseren Betrieben, die auf qualifizierte und weiterbildungsfähige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr denn je angewiesen sind.

Die Bildungswende muss kommen – wir sind bereit!

Impressum:**Martin Gerster, MdB**

Büro Berlin:
 Deutscher Bundestag
 11011 Berlin
 Telefon: (030) 227 74711
 Fax: (030) 227 76721
 E-Mail: martin.gerster@bundestag.de

Bürgerbüro Biberach:
 Poststraße 7
 88400 Biberach
 Telefon: (07351) 300 3000
 Fax: (07351) 300 3001
 E-Mail: martin.gerster@wk.bundestag.de

V.i.S.d.P.

Martin Gerster, MdB

Redaktion und Layout

- Berlin:
 Beate Klein
 Oliver Stegemann
 Alexander Geisler

- Biberach:
 Wolfgang Heinzel

Die Redaktion freut sich
 über Kritik und Anregungen.

Bürgersprechstunde

Die nächste Bürgersprech-
 stunde findet am
Montag, 20. Oktober 2008

statt. Von 10 bis 12 Uhr
 stehe ich in meinem Büro
 in Biberach, Poststraße 7,
 für Gespräche jeder Art zur
 Verfügung. Eine Anmeldung
 ist nicht erforderlich.

Rückmeldung:

Wenn Sie den „Einblick“
 künftig nicht mehr erhalten
 möchten, schicken Sie bitte
 eine Mail an mein Büro:
 martin.gerster@bundestag.de

LANDESPOLITISCHE HALBZEITBILANZ MIT MARTIN RIVOIR, MDL

Martin Rivoir, SPD-Landtagsabgeordneter aus Ulm, war am Abend des 23.09. auf Einladung des SPD-Kreisverbands ins Biberacher TG-Heim gekommen, um die Arbeit der Landesregierung zur Halbzeit der laufenden Wahlperiode kritisch zu bilanzieren.

Rivoir stellte der Regierung von Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) vor allem hinsichtlich ihrer Bildungs- und Innenpolitik ein schlechtes Halbzeitzeugnis aus. Das Festhalten am dreigliedrigen Schulsystem beanstandete er ebenso wie den akuten Lehrermangel. „Kultusminister Rau ist kein Handelnder“, so der Tenor von Rivoirs Ausführungen, „sondern ein Getriebener“. Darüber hinaus kritisierte er die eingeführten Studiengebühren, die vor allem an Universitäten zu niedrigeren Studentenzahlen führten – ein von Landesseite gefördertes Stipendiatenwesen vermisse er.

Innenpolitisch kritisierte Rivoir die Stellenstreichungen bei der Polizei sowie die drohende Überalterung der Beamtinnen und Beamten. Die Neuuniformierung hält er indes für „sinnlos rausgeschmissenes Geld“.

Als Befürworter des Projekts „Stuttgart 21“ musste Rivoir bei einigen seiner



Roland Luschkowski und Freddy Striegler vom SPD-Kreisvorstand mit Martin Rivoir, MdL (Mitte)

Zuhörer noch Überzeugungsarbeit leisten. Er betonte, der Umbau sei enorm wichtig für die Infrastruktur Baden-Württembergs. Lediglich die Vermarktung des Plans durch Ministerpräsident Oettinger gestalte sich „katastrophal“, so Rivoir, „wer weiß denn schon, dass der Bahnhof um 90 Grad gedreht und in einen Durchfahrtbahnhof umgebaut wird?“.

Abschließend beantwortete Rivoir zahlreiche Fragen aus dem Publikum zu weiteren politischen Themen. Der 46-jährige Landtagsabgeordnete ist Vorsitzender des Arbeitskreises „Wissenschaft, Forschung und Kunst“ seiner Fraktion und betreut seit 2006 den Wahlkreis Biberach, der derzeit keinen eigenen SPD-Landtagsabgeordneten stellt.

BUNDESVORSITZENDE DER JUSOS BESUCHT FIRMA KÄSSBOHRER

(Artikel aus der Schwäbischen Zeitung, Ausgabe Laupheim, vom 25.9.2008)

Erfahrungsaustausch steht im Mittelpunkt

LAUPHEIM (is) – Franziska Drohsel (SPD), Bundesvorsitzende der Jusos, hat gestern die Firma Kässbohrer in Laupheim besucht. Peter Wirsching, Geschäftsführer der Abteilung Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik, führte die Jungsozialistin durch das Werk.

„Die Einladung der Jusos Biberach habe ich sehr gern angenommen und bin nach Laupheim gekommen, um Einblick in die Arbeit der ortsansässigen Unternehmen zu bekommen“, sagt Franziska Drohsel, Bundesvorsitzende der Jusos.

Bei ihrem Besuch gehe es aber auch darum, die Mitglieder der Jusos Biberach darüber zu informieren, was sich auf Bundesebene gerade abspielt. „Beide Seiten profitieren von dem Erfahrungsaustausch“, sagt Drohsel.

Mit den Worten „Jetzt spielen wir einfach mal Material“, begrüßte Peter Wirsching Drohsel am Wareneingang. Durch die Fertigungshalle führte der Rundgang zu einem roten Pistenbully. Drohsel nahm im Führerhaus Platz und ließ sich von Wirsching erklären, wie man das Fahrzeug in Gang setzt.